



30 Organisationen rufen zum 15. Mai zu Aktionswochen auf Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine

(24.04.2023) Für den 15. Mai 2023, den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung, rufen 30 Organisationen aus Europa zu Aktionswochen zum Schutz für all diejenigen auf, die in Russland, Belarus und der Ukraine den Kriegsdienst verweigern.

Eine zentrale Aktion mit öffentlichkeitswirksamer Performance gibt es am 15. Mai 2023, 11 Uhr, vor der Europäischen Kommission in Berlin, Unter den Linden 78. Im Rahmen dieser Aktion werden über 34.000 Unterschriften an die Europäische Kommission übergeben.

Es gibt **mehr als 150.000 russische Militärdienstpflichtige und Deserteure**, die den Angriffskrieg ablehnen. **Schätzungsweise 22.000 belarussische Militärdienstpflichtige haben ihr Land verlassen**, weil sie sich nicht am Krieg in der Ukraine beteiligen wollen. Sie alle müssen wegen ihrer Haltung gegen den Krieg eine mehrjährige Verfolgung befürchten. Sie hoffen auf Schutz in den Zufluchtsländern.

„Angesichts des Krieges in der Ukraine brauchen wir eine klare Zusage der deutschen Bundesregierung und der europäischen Institutionen“, so Rudi Friedrich vom Kriegsdienstverweigerungs-Netzwerk Connection e.V., „dass bei Desertion und ausdrücklich auch bei Militärdienstentziehung in Russland Flüchtlingsschutz garantiert wird. **In bisherigen Asylverfahren werden die Betroffenen nach wie vor abgelehnt**, ein unzumutbarer Zustand. Ein echter Schutz für alle, die sich dem Krieg verweigern, ist schon lange überfällig.“

Die Ukraine hat das Recht auf Kriegsdienstverweigerung ausgesetzt und die Grenze für Männer zwischen 18 und 60 Jahren geschlossen. **Mehr als 170.000 Männer haben sich der Kriegsbeteiligung in der Ukraine entzogen** und sind ins Ausland geflohen. Derzeit haben ukrainische Staatsbürger einen befristeten Aufenthalt in der Europäischen Union. In der Ukraine wurden bereits mehrere **Kriegsdienstverweigerer zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt**. Michi von Glaßer von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ergänzt: „Wir erleben, dass in der Ukraine Woche für Woche Kriegsdienstverweigerer vor Gericht stehen. Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung muss aber für alle jederzeit Gültigkeit haben, gerade auch im Krieg.“

Mehr als 1.100 Personen haben im vergangenen Jahr laut Bundesverteidigungsministerium auch in Deutschland einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt, Soldatinnen und Soldaten, Reservisten und junge Menschen, die nicht in der Bundeswehr sind. 2021 waren es etwas mehr als 200. „Das spiegelt die große Unsicherheit durch den Ukraine-Krieg wider“, so Wolfgang M. Burggraf, Geschäftsführer der Ev. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK). Hier sei die Sorge vor einer Ausweitung des Krieges spürbar. **Die EAK bietet Beratung an.**

Gruppen und Organisationen, die sich an den Aktionswochen beteiligen wollen, wenden sich bitte an **office@Connection-eV.org** oder **svg@dfg-vk.de**. Weitere Informationen sind erhältlich über **https://de.Connection-eV.org/ObjectWarCampaign**.

Stichworte: ⇒ **Arbeit von Connection e.V.** ⇒ **Asyl und KDV** ⇒ **Belarus** ⇒ **Desertion**
⇒ **Kriegsdienstverweigerung** ⇒ **Russland** ⇒ **Ukraine**

